

## Aufzeichnung für Herrn Pofalla MdB

Die Deutschen, ihre Zinsen, ihr Euro, ihre Steuern, ihr StaatDer Euro treibt unsere Zinsen

Politik ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Politik soll den Menschen die Möglichkeit schaffen, mit Fleiß und Anstand ein Leben in Würde zu führen.

Diese Daten für das BIP pro Kopf, ausgedrückt in Kaufkraftstandards<sup>4</sup> (KKS), werden von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, veröffentlicht.

**BIP pro Kopf in KKS im Jahr 2005, EU25 = 100**  
**EU-Mitgliedstaaten, Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und EFTA-Länder<sup>5</sup>**

|                        |     |   |     |
|------------------------|-----|---|-----|
| Luxemburg              | 248 | Tschechische Republik                       | 73  |
| Irland                 | 137 | Portugal                                    | 71  |
| Dänemark               | 124 | Malta                                       | 69  |
| Niederlande            | 123 | Ungarn                                      | 61  |
| Österreich             | 123 | Estland                                     | 57  |
| Belgien                | 118 | Slowakei                                    | 55  |
| Vereinigtes Königreich | 115 | Litauen                                     | 52  |
| Schweden               | 115 | Polen                                       | 50  |
| Finnland               | 112 | Lettland                                    | 47  |
| Deutschland            | 110 | Rumänien                                    | 35  |
| Frankreich             | 109 | Bulgarien                                   | 32  |
| Eurozone               | 106 | Kroatien                                    | 47  |
| Italien                | 103 | Türkei                                      | 31  |
| EU25                   | 100 | Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien | 26  |
| Spanien                | 99  | Norwegen                                    | 165 |
| Zypern                 | 83  | Schweiz                                     | 128 |
| Griechenland           | 82  | Island                                      | 126 |
| Slowenien              | 80  |   |     |

Danach muss ich für Deutschland mit Bedauern konstatieren, dass wir uns im pro-Kopf-Einkommen immer weiter von der Spitzenposition entfernen, die wir uns in Europa bis 1989 mit Fleiß und Anstand erarbeitet hatten. Deutschland nur noch zehn Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU25? Wo sind wir? Vor uns die Euromitglieder Finnland, Belgien, Österreich, die Niederlande, Irland und Luxemburg mit bis zu 148 Prozentpunkten über der EU25? Nochmals: Wo sind wir? Für mich ist das nicht hinnehmbar ohne gedankliche Auseinandersetzung mit einem zweifellos politischen Phänomen.

Vorab. Dass die USA in ihrem pro-Kopf-Einkommen um mehr als ein Drittel höher liegen als wir Deutschen, wundert mich nicht. Dort arbeitet man länger. Dort hat man eine eigene Währung, die mit der Volkswirtschaft atmet. Dasselbe gilt in der Tendenz für Schweden, Großbritannien, Dänemark, die Schweiz und Norwegen, die ebenfalls mit eigener Währung leben. Aber wir Deutschen nur noch 10% über der EU25? Und das mit sich verschlechternder Tendenz, da wir nur noch mit 1,4% pa wachsen (gegenüber einem Durchschnitt von 2,5% pa in den 50 Jahren der DM-Zeit), die Eurozone aber mit 1,9%, Belgien mit 2,2%, Finnland mit 2,8%, die Niederlande mit 2,9%, Österreich mit 3,0%, Spanien mit 3,5%, Griechenland mit 4,1%, Irland und Luxemburg mit je 5,7%?<sup>1</sup> Dass Spanien uns schon 2008 überholen kann?

Im März 2003 erschien mein Buch „Gemeinsames Geld ist gemeinsames Schicksal.“ Seit Oktober 2005 habe ich meine Internetseite [www.eurospethmann.de](http://www.eurospethmann.de). In diesen und anderen Texten weise ich immer wieder darauf hin, dass der Euro, eingeführt am 1. Januar 1999, eine asymmetrische Veranstaltung zu Lasten Deutschlands ist. Er hat das Prinzip des Wettbewerbs nach Standortkosten, wie es schon mit dem ersten europäischen Vertrag, dem Schumanplan, 1952 eingeführt worden war, ad absurdum geführt – heimlich natürlich. Denn solche fundamentalen Änderungen werden in Europa von keiner Brüsseler Kommission, von keinem Ministerrat publiziert und in keinem Parlament diskutiert. Sie werden in Hinterzimmern ausgedacht und in den Markt geschmuggelt.

Erstens. Es gab nicht den geringsten ökonomischen Grund, mit Einführung des Euro allen anderen Euro-Staaten den Zugang zu deutschen Niedrigst-Zinsen zu geben. Denn Zinsen sind Standortkosten, spiegeln Wachstum und Inflation und andere Zinsbestimmungsgründe. Diese aber sind nach wie vor unterschiedlich. So inflationiert die Euro-Zone momentan mit 2,5% pa, Deutschland aber nur mit 1,9. Folglich haben die anderen die deutschen Niedrigst-Zinsen geschenkt bekommen, ohne sich dafür bemüht zu haben – Willkür im Wettbewerb.

Zweitens. Wer seine Kosten von außen reduziert bekommt, verbessert seine Position im Wettbewerb. Das gilt für alle Euro-Staaten in Relation zu Deutschland.

---

<sup>1</sup> Alle Zahlen aus dem jüngsten Economist

Drittens. Durch die den Banken eigene Tendenz zum Risikoausgleich haben sie seit 1999 die Zinsen für Deutschland über das ökonomisch notwendige Maß erhöht. Beweis: Die Bundesrepublik begab jüngst eine Indexanleihe, deren Inflationszuschlag nicht nach der deutschen Inflation bemessen wird, sondern nach der höheren der Euro-Zone. Dieses betrifft die gesamte deutsche Volkswirtschaft: Den Staat, die Unternehmen, die Selbständigen, die Privaten. Die Zinssätze für Dispo-Kredite haben in Deutschland eine geradezu astronomische Höhe erreicht.

Viertens. Nur Deutschland und die Benelux-Staaten behaupten sich in der Globalisierung mit Überschüssen. Die anderen acht machten jüngst ein Minus von insgesamt \$ 200 Mrd pa.<sup>2</sup> Wir und die Benelux-Staaten waren so freundlich, diesen Defizitbrüdern rd 80% davon durch Bereitstellung unserer Überschüsse zu finanzieren.

Fünftens. Trotz aller unserer Hilfen laufen mehreren anderen Euro-Staaten die Lohnstückkosten weg. Das hat etwas mit Kultur zu tun. Herr Issing, langjähriges deutsches Mitglied im Direktorium der EZB, verkündete wenige Tage vor seiner Pensionierung, hier sei „pathologisches Lernen“ angezeigt.

Sechstens. Die heutige FAZ berichtet von weiteren Zinserhöhungen, die die in Deutschland bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung zur Gänze auffressen werden: „Steuererhöhung nutzt nichts.“ Der Euro unterhöhlt unsere Bonität. siehe anliegende drei Artikel

Facit. Die deutschen Leistungen für das Doppelsystem EU/Eurozone nehmen mehrere Prozentpunkte des deutschen BIP in Anspruch. In ihnen sehe ich den wichtigsten Grund für unser Zurückfallen im Wettbewerb. Wir können diese Geschenke an unsere politische Umwelt nicht beliebig fortsetzen. Wir müssen darauf bestehen, im Doppelsystem EU/Euro zum Wettbewerb mit Standortkosten zurückzukehren. Die Holländer werden uns als erste verstehen. Denn ihr pro-Kopf-Beitrag zum Ausgleich fremder Leistungsbilanzdefizite ist mehr als doppelt so hoch wie der deutsche. Deshalb sagte der holländische Außenminister jüngst in Brüssel, die EU-Verfassung sei mausetot.

\*\*\*

---

<sup>2</sup> Zahlen aus dem jüngsten Economist

## **Steuererhöhung nutzt nichts Bundeshaushalt auch 2007 wohl nicht verfassungsgemäß**

cag. Berlin. Die große Koalition wird wohl auch 2007 keinen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen können. Die Ausgabenexplosion durch Hartz IV, höhere Zinsen für die Staatsschuld und mehr Elterngeld als vorgesehen fressen im nächsten Jahr die auf 19 Prozent erhöhte Mehrwertsteuer fast vollständig wieder auf. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung, mit dem die Regierung die größte Steuererhöhung der Geschichte legitimiert, verlöre seine Glaubwürdigkeit.

Ein Sprecher von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) bestätigte dieser Zeitung, daß die Ausgaben überall "in die falsche Richtung" gingen. Er bekräftigte aber, daß Steinbrück immer noch an dem Ziel festhalte, 2007 einen verfassungsgemäßen Etat vorzulegen, bei dem die Neuverschuldung nicht höher ausfällt als die Summe der Investitionen.

Legt man die derzeitigen Haushaltszahlen zugrunde, wird Steinbrück dieses Ziel jedoch verfehlen: Den 23,3 Milliarden Euro Investitionen stehen dann statt der geplanten 22,2 knapp 30 Milliarden Schulden gegenüber, falls der Minister die Mehrausgaben nicht durch Kürzungen ausgleicht. Das größte Haushaltsrisiko ist derzeit das Arbeitslosengeld II. Weil die Leistungen von wesentlich mehr Menschen in Anspruch genommen werden als von der Regierung erwartet, dürfte Steinbrück 2007 mindestens 4,5 Milliarden Euro mehr benötigen. Insgesamt sind für Arbeitsmarktpolitik etwa 39 Milliarden Euro vorgesehen. Von den Mehrausgaben entfallen etwa 2,5 Milliarden Euro auf das Arbeitslosengeld II, weitere zwei Milliarden auf die Unterkunftskosten der Langzeitarbeitslosen.

In der vergangenen Woche mußte Steinbrück herbe Niederlagen hinnehmen. So wird ihn das Elterngeld teurer zu stehen kommen als erwartet. Statt einer geplanten Milliarde sieht der Ansatz von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) nunmehr 1,6 Milliarden Euro vor. Dabei besteht die Gefahr, daß die Ausgaben am Ende noch höher werden.

Und jetzt steigen auch noch die Zinsen. Nachdem die Europäische Zentralbank Ende Mai die Zinsen erhöht hat, wird es für den Staat teurer, Kredite aufzunehmen. Schon wenn sich die Durchschnittsverzinsung der derzeitigen 900 Milliarden Euro Schulden nur um

0,11 Prozent erhöhen sollte, bedeutet das eine Mehrbelastung des Bundeshaushaltes von etwa einer Milliarde Euro. Da die Vorsteuerpauschale für land- und forstwirtschaftliche Umsätze erhöht wurde und die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr nicht so schnell zurückgefahren werden wie geplant, muß der Minister auch hier jeweils dreistellige Millionenbeträge auftreiben.

Somit liegen die Haushaltsrisiken für den Etat 2007 insgesamt bei mindestens sieben Milliarden Euro. Das entspricht fast genau jener Summe, die dem Bund aus der Mehrwertsteuererhöhung zusteht; der Rest geht an die Länder und an die Bundesanstalt für Arbeit. Da Steinbrück weitere Einschnitte bei den Sozialausgaben abgelehnt hat, kann er die Haushaltslöcher nur durch höhere Schulden stopfen. "Raussparen werden wir uns nicht", sagte sein Sprecher.

Finanzfachleute rechnen nicht mehr damit, daß Steinbrück sein Ziel einhält. "Es ist angesichts der vielen Risiken im Haushalt fraglich, ob es 2007 gelingen wird, einen verfassungsgemäßen Bundeshaushalt vorzulegen", sagte der hannoversche Finanzwissenschaftler Stefan Homburg dieser Zeitung.

Text: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.06.2006, Nr. 24 / Seite 1

## **Bundesetat 2007**

Haushaltsrisiken in Milliardenhöhe

18. Juni 2006

Vor den Haushaltsberatungen in der kommenden Woche sind große finanzielle Risiken im Etat bekanntgeworden. Ein Sprecher von Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) bestätigte einen Bericht der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (siehe auch: Steuererhöhung nutzt nichts), wonach unter anderem wegen des Ausgabenanstiegs beim Arbeitslosengeld II im Bundesetat 2007 Milliardenlöcher drohten. „Hartz IV ist ein Risiko für den Haushalt, gar keine Frage.“ Doch habe die Bundesregierung bereits Gegenmaßnahmen ergriffen. „Man muß die Optimierung jetzt erst einmal greifen lassen und sehen, wie sich das einpendelt.“

Die Darstellung, 2007 drohe ein verfassungswidriger Haushalt, weil die Neuverschuldung mit knapp 30 Milliarden Euro die Investitionen von 23,3 Milliarden Euro um fast sieben Milliarden Euro übersteigen könnte, wies Steinbrücks Sprecher zurück. „Die Regierung ist sich sehr bewußt, daß es für sie konstitutiv ist, daß der Haushalt sowohl das Maastricht-Kriterium als auch die Verschuldungsgrenze nach Artikel 115 des Grundgesetzes erfüllt.“ Auch für die absehbaren Zinssteigerungen sei im Bundeshaushalt bereits Vorsorge getroffen worden, sagte Steinbrücks Sprecher. „Das ist alles schon eingepreist.“

### **Pofallas Vorstoß spaltet die Union**

Auch wegen der Haushaltsrisiken stieß der Vorstoß von CDU-Generalsekretär Pofalla für ein Familiensplitting im Steuerrecht in der Union auf Ablehnung. Bedenken äußerten vor allem CSU-Politiker: Der bayerische Wirtschaftsminister Huber und der familienpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Singhammer, machten sich dafür stark, das Ehegattensplitting beizubehalten. So äußerte sich auch Finanzminister Steinbrück. SPD-Generalsekretär Heil sprach von einem „Schnellschuß“ der CDU.

Hingegen unterstützten seitens der CDU die Ministerpräsidenten Böhmer und Milbradt und junge Bundestagsabgeordnete wie Philipp Mißfelder und Katherina Reiche grundsätzlich Pofallas Vorschlag. Er soll nach den Vorstellungen der CDU-Führung nicht sogleich in eine Gesetzesinitiative münden, sondern in Formulierungen im neuen CDU-Grundsatzprogramm. Ein entsprechender Entwurf des Arbeits-

kreises Familie soll an diesem Montag vorgestellt werden. Darin heißt es, es solle „ein Teil der steuerlichen Vorteile von Ehen ohne Kinder auf Ehen beziehungsweise Familien mit Kindern umgeschichtet werden“.

### **Grundsätzliche Zustimmung, fiskalische Vorbehalte**

Huber stellte klar, das Ehegattensplitting habe Verfassungsrang, eine Einschränkung oder Abschaffung stehe für die CSU „nicht zur Disposition“. Böhmer und Mißfelder ließen aber trotz grundsätzlicher Zustimmung fiskalische Vorbehalte erkennen. Es müsse noch gerechnet werden, ob man sich das „leisten“ könne (Böhmer) und ob sich das Projekt „ausgabenneutral umsetzen“ lasse, wie Mißfelder sagte.

Steinbrück argumentierte nicht fiskalisch gegen das Familiensplitting. Er sagte der Zeitung „Bild am Sonntag“, eine Abschaffung des Ehegattensplittings würde überwiegend Ehepaare mit einem Verdiener und einem oder zwei Kindern treffen, „also genau der Teil der Gesellschaft, für den wir etwas tun wollen“. Der Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Kues (CDU), äußerte die Befürchtung, eine Neuregelung würde auf eine Umverteilung innerhalb der Gruppe der Familien mit Kindern hinauslaufen. Zu 90 Prozent profitierten ohnehin Familien mit Kindern vom Splitting. Frau Reiche führte andere Zahlen ins Feld, sie sagte, die bisherigen steuerlichen Erleichterungen kämen „zu über 40 Prozent kinderlosen Ehepaaren zugute“. Es gehe bei der angestrebten Neuordnung nicht „um die Abwertung anderer Lebensmodelle, sondern um die Aufwertung der Familien mit Kindern“.

### **Köhler für weitere Kürzungen bei den Sozialausgaben**

Die Staatsministerin im Kanzleramt, Maria Böhmer (CDU), schloß nicht aus, daß die große Koalition noch in der laufenden Wahlperiode eine neue Lösung für das Ehegattensplitting findet. „Eine Ehe darf nicht schlechtergestellt werden. Wenn das gesichert ist, dann können wir über ein zukünftiges Familiensplitting reden“, sagte die Vorsitzende der Frauen-Union der Zeitung „Kölner Stadt-Anzeiger“. Mißfelder, der Vorsitzende der Jungen Union, sagte der Zeitung „Welt am Sonntag“: „Die Förderung von Kindern ist wichtiger als die einer Institution“. Frau Reiche sagte: „Die Welt von heute ist anders als früher. Die jungen Frauen wollen arbeiten.“ SPD-Generalsekretär Heil sieht hingegen bei Einführung eines Familiensplittings Besserverdienende überproportional entlastet. Heil sprach in der

ARD von einem „Schnellschuß“ der CDU. Wichtiger sei, etwas für die Betreuung von Kindern zu tun.

Bundespräsident Köhler mahnte indirekt weitere Kürzungen bei den Sozialausgaben an. „Wir müssen auch an den sozialstaatlichen Absicherungen arbeiten, die sich der Staat derzeit nicht mehr erlauben kann“, sagte Köhler am Sonntag im Deutschlandfunk. Ein neues Verhältnis zwischen kollektiver Absicherung und Eigenverantwortung sei nötig. Wer auch den Kindern und Enkeln eine soziale Absicherung garantieren wolle, müsse mehr Ressourcen für Investitionen, Forschung und Entwicklung aufwenden, betonte Köhler. „Und das können wir nicht, wenn wir gleichzeitig alles beim alten lassen im Sozialbereich.“

Text: löw./nf., F.A.Z., 19.06.2006, Nr. 139 / Seite 1

## **Wie Staaten private Anleger schröpfen**

Argentinien hat deutsche Gläubiger um ihr Geld gebracht. In Bolivien könnte es bald genauso kommen. Hochzinsanleihen bleiben riskant.

Von Andreas Freytag und Helmut Karl

Es ist noch gar nicht lange her, da kursierte ein Witz über den argentinischen Präsidenten Nestor Kirchner. Da sein Land die Kredite nicht mehr an ausländische Gläubiger zurückzahlen konnte, fliege er nicht mehr nach Europa, weil er Angst habe, sein Flugzeug würde gepfändet. Heute ist das anders: Er kommt dieser Tage nach Europa, vielleicht sogar nach Deutschland, um die argentinische Fußballmannschaft live zu sehen.

Im Gepäck hat Herr Kirchner einige gute Nachrichten: Die Wirtschaft wächst, die Steuerquellen sprudeln, der Außenhandel boomt. Die argentinische Wirtschaft dürfte auch von der Energiekonjunktur stimuliert sein. Allerdings kann dies die europäischen Anleger wohl nicht recht erwärmen, es herrscht weiterhin Skepsis vor:

Argentinische Staatsanleihen werden sehr schlecht eingestuft, Neuemissionen dürften zur Zeit nur auf geringes Interesse stoßen.

Dies ist durchaus gerechtfertigt, denn die letzte Krise, die vor rund sechs Jahren begann, ist noch in guter Erinnerung. Argentinien meldete faktisch Staatsbankrott an und zwang ausländische Gläubiger, die argentinische Anleihen gekauft hatten, in eine Umschuldung der Papiere. Die Anleger, darunter viele deutsche Kleinanleger, mußten auf bis zu 70 Prozent ihres geliehenen Geldes verzichten, um wenigstens den Rest zu sichern. An dem Grund der Krise, den fiskalischen Beziehungen zwischen der argentinischen Regierung und den 23 Provinzen, hat sich bis heute nicht viel geändert, sie hat für die Defizite der Regionen einzustehen.

Argentinien scheint nicht das einzige lateinamerikanische Land zu sein, das mit seinen Geschäftspartnern rüde verfährt und Regeln kurzerhand außer Kraft setzt. In Bolivien wird laut über Verstaatlichung der in ausländischem Besitz befindlichen Petroleumindustrie nachgedacht. Eine einseitige Aufhebung der Verträge mit Enteignung entspricht in etwa der argentinischen Vorgehensweise. In anderen Ländern wird der venezolanische Präsident Chavez seiner permanenten Kapitalismuskritik wegen als Held gefeiert. Die Entwicklung in Chile und Peru könnte ebenfalls instabil werden.

Nun können sich die Regierungen solcher Länder natürlich auf den Standpunkt stellen, sie werden schon Anleger finden, deren Gedächtnis kurz genug ist. Ist dies der Fall, besteht in einigen Ländern Lateinamerikas kein Handlungsbedarf mit Blick auf Reformen; eine attraktive Rendite lockt dann schon die Anleger und erlaubt ein Verschieben schmerzhafter Einschnitte. Unwahrscheinlich ist dies nicht. In Zeiten großer Unsicherheit mit Blick auf die Weltbörsen rücken alternative Anlageformen wiederum in das Zentrum des Interesses.

Allerdings sorgen nicht zuletzt Rating- und Audit-Institutionen dafür, daß die Erinnerung an das Tilgungsverhalten nicht verblaßt. Da zudem Staatsanleihen auch im Rahmen der privaten Alterssicherung bereits heute eine bedeutende Rolle spielen, werden nach den jüngsten Erfahrungen Anleihen der betreffenden Länder zukünftig eher gemieden.

Dem politischen Linksruck in Lateinamerika steht freilich eine nicht zu unterschätzende Reformbereitschaft etwa in Mexiko, Kolumbien oder in Brasilien entgegen. Obwohl die Stabilisierung in Brasilien noch nicht als gesichert gelten kann und weitere Reformen wie ein Bürokratieabbau angemahnt werden, werden die Reform der Fiskalpolitik und die Abnahme des Schuldenstandes (ohne eine Abwertung der Schulden) und die effizientere und effektivere Gestaltung der Steuerpolitik allgemein anerkannt. Brasilien ist dabei, sich wieder mehr fiskalpolitischen Handlungsspielraum zu verschaffen. Gelingt dies, wird die Finanzierung öffentlicher Investitionen ermöglicht und erscheint eine Anlage für ausländische Sparer nicht allzu riskant. Solche Reformen finden derzeit in vielen Ländern statt. Die relative Position der Nachzügler verbessert dies keineswegs. Da könnte es Zeit für Argentinien werden, ein Zeichen zu setzen.

Letztlich ist das Problem ein ordnungspolitisches. Um die Schuldenlast zum einen zu verringern und die Fähigkeit, überhaupt zu moderaten Zinssätzen Schulden aufnehmen zu können, zu stärken, muß auch Argentinien eine Reform seiner Fiskalpolitik langfristig angehen. Und es muß seine Geldpolitik stabilitätsorientierter machen, was seit Aufgabe der festen Anbindung an den Dollar in den Hintergrund gerückt ist.

Ob die in die Zukunft gerichtete Reform ausreicht, bleibt allerdings offen. Die Bewertung der Staatsanleihen durch die Rating-Agenturen auch im Vergleich zu den lateinamerikanischen Nachbarn läßt vermuten, daß es noch lange dauern wird, bis das Land wieder kreditwürdig ist. Eine Geste guten Willens wäre es, die geprellten

Anleger am argentinischen Aufschwung zu beteiligen. Eine Aufstockung der abgewerteten Anleihen würde einen Teil des Vertrauens zurückbringen. Geschieht dies zusammen mit einer Reform, würde die Belastung der Regierung durch den Schuldendienst moderat bleiben.

Aus Sicht der Investoren bietet Argentinien (wie auch Bolivien und Venezuela) heutzutage gerade keine Alternative, für andere Länder in Lateinamerika und einige europäische Staaten gilt ähnliches. Sowohl professionelle Anleger als auch Private sollten die Fundamentaldaten, wie beispielsweise den Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt, die Wachstumsrate der produktiven Investitionen oder die Exportentwicklung sowie die Wirtschaftspolitik und deren Glaubwürdigkeit unter die Lupe nehmen.

Andreas Freytag lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Jena, Helmut Karl an der Universität Bochum.

#### Hoffnung für Besitzer von Argentinien-Anleihen

Besitzer von Argentinien-Anleihen können hoffen. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat den Staat Argentinien verurteilt, zwei Privatanlegern das über eine Anleihe geliehene Geld plus Zinsen zurückzuzahlen. Argentinien hatte sich 2002 für zahlungsunfähig erklärt und berief sich auf einen Staatsnotstand. Die Bedingungen dafür lägen nicht mehr vor, urteilte nun das Gericht. Durch die Umschuldung im vergangenen Jahr hat das Land seine Schuldenlast deutlich reduzieren können. Zudem wächst die Wirtschaft wieder kräftig. Das Urteil könnte Signalwirkung auch für andere noch offene Gerichtsverfahren haben. Allerdings ist die Vollstreckung schwierig. Argentinien will nicht bezahlen. Die Beschlagnahme eines argentinischen Schiffes in Hamburg scheiterte. dys.